

ISRAEL

BLIND FÜR VERSTÖSSE, TAUB FÜR VERPFLICHTUNGEN: ISRAELS MENSCHENRECHTSAKTE

*Amnesty Internationals aktualisierte Vorlage
zur allgemeinen Periodischen Überprüfung
der Vereinten Nationen, September 2013*

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



INHALT

Einführung	3
Folgemaßnahmen zur vorigen Überprüfung	
3	
Die Verletzungen der Konvention gegen die Folter (CAT)	3
Die Inhaftierung von Militärdienstverweigerern aus Gewissensgründen	4
Die Diskriminierung der Mitglieder von Minderheiten in Israel	
4	
Das nationale gesetzliche Regelwerk zum Thema Menschenrechte	
5	
Die Anwendung internationaler Menschenrechtsnormen und des Internationalen Humanitären Völkerrechts in den OPT	
5	
Die Beurteilung der Mauer durch den Internationalen Gerichtshof (ICJ)	5
Die Zusammenarbeit mit dem Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen (UNHRC)	
5	
Die Untersuchung der Vorwürfe von Kriegsverbrechen und von möglichen Verbrechen gegen die Menschlichkeit	5
Der exzessive Einsatz von Gewalt gegen Demonstranten und andere Verletzungen der Rechte auf freie Meinungsäußerung und friedliche Versammlung	
6	
Das Gesetz zur Verhinderung der Infiltration und Verletzungen des Non-Refoulement-Grundsatzes	
6	
Die Todesstrafe	6
Die Menschenrechtsslage vor Ort	7
Inhaftierungen ohne Gerichtsverfahren und Haftbedingungen	
7	
Zwangsvertreibungen	7
Willkürliche Einschränkungen des Rechts auf freie Bewegung	
7	

Handlungsempfehlungen an Israel

8

Endnoten

10

Anhang

12

EINFÜHRUNG

Das vorliegende Dokument war ursprünglich für die Überprüfung Israels während der 15. Sitzung der Allgemeinen Periodischen Überprüfung (UPR) im Januar/Februar 2013 erstellt worden. Israel zeigte sich jedoch nicht in der Lage, daran teilzunehmen. Also wurde das Papier für die neu angesetzte Überprüfung Israels während der 17. Sitzung am 29. Oktober 2013 aktualisiert. Amnesty International kommentiert hierin Israels Umsetzung der Empfehlungen, die das Land selbst bei seiner vorherigen UPR im Jahr 2008 befürwortet hatte mit Blick auf ihre Übereinstimmung mit der Konvention gegen die Folter und andere grausame, inhumane oder erniedrigende Behandlung oder Bestrafung sowie hinsichtlich der Themen Militärdienstverweigerung aus Gewissensgründen und Diskriminierung von Minderheiten. In Bezug auf seine Verpflichtung, dafür Sorge zu tragen, dass allen Vorwürfen von Folter oder anderen Misshandlungen ohne Verzug gründlich und unparteilich durch eine unabhängige Stelle nachgegangen wird, hat Israel einen tastenden Schritt in die richtige Richtung unternommen, indem es im Juni des Jahres 2013 im Justizministerium den Posten eines Inspektors für Beschwerden von Seiten verhörter Personen (*Inspector of Interrogatee Complaints*) eingerichtet hat. Diese institutionelle Veränderung spiegelt sich aber bislang noch nicht in einem verstärkten Zugang zu Gerechtigkeit und Wiedergutmachung für die Opfer wider.

Hinsichtlich der normativen und institutionellen Rahmenbedingungen in Israel ist Amnesty International besorgt, weil Israel die Beurteilung der Mauer durch den Internationalen Gerichtshof zurückweist, seine Kooperation mit dem Menschenrechtsrat zurückgezogen hat, sich entschieden hat, als erster Staat nicht mit dem UPR-Verfahren zu kooperieren und sich weiterhin weigert, die Anwendbarkeit der internationalen Menschenrechtsnormen und der Vierten Genfer Konvention in den besetzten palästinensischen Gebieten anzuerkennen. Amnesty International macht auch auf Israels exzessiven Gebrauch von Gewalt gegen palästinensische Demonstranten in der Westbank aufmerksam. Die Tatsache, dass der Oberste Gerichtshof im September 2013 jene Bestimmungen des Gesetzes zur Verhinderung der Infiltration aufgehoben hat, die – unter Verstoß gegen internationale Rechtsnormen - eine automatische und verlängerte Inhaftierung von Migranten und Asylsuchenden ermöglicht hatten, ist dies eine begrüßenswerte Entwicklung. Amnesty International sorgt sich um das Versagen israelischer Behörden, Kriegsverbrechen und mögliche Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die im Gazastreifen verübt wurden, glaubhaft und gründlich zu untersuchen.

Hinsichtlich der Menschenrechtssituation vor Ort äußert Amnesty International weiterhin Bedenken über die fortlaufende Praxis der Inhaftierung ohne Anklage oder Gerichtsverfahren, Zwangsvertreibungen von Palästinensern und willkürliche Einschränkungen ihres Rechts auf freie Bewegung, die auch schon für Israels UPR im Jahr 2008 gegolten hatten.

FOLGEMASSNAHMEN ZUR VORIGEN ÜBERPRÜFUNG

Amnesty International bedauert, dass Israel die überwiegende Mehrzahl der 133 Empfehlungen nicht kommentiert hat, die von den teilnehmenden Staaten auf der UPR Israels im Dezember 2008 abgegeben und im März 2009¹ durch den Menschenrechtsrat verabschiedet wurden. Auf verschiedene Punkte, die sich in vielen dieser Empfehlungen widerspiegeln, wird in den folgenden Abschnitten eingegangen. Als erstes beleuchtet das vorliegende Papier drei Empfehlungen, die zwar von Israel akzeptiert wurden, die aber dennoch weiter von Belang sind.

VERLETZUNGEN DER KONVENTION GEGEN DIE FOLTER (CAT)

Israel hat sich freiwillig dazu verpflichtet, in Einklang mit der CAT (Antifolterkonvention) zu handeln, insbesondere durch die Durchführung unverzüglicher und unparteilicher Untersuchungen², wie dies bei seiner Überprüfung im Jahr 2008 von vier Staaten empfohlen worden war³. Im Verlauf von Inhaftierungen

und Verhöre werden Folter und andere Misshandlungen weiterhin durchgeführt, und sofortige, gründliche und unparteiliche Untersuchungen sind extrem rar. Zu den Methoden zählen schmerzhaftes Schütteln und Festbinden, Fixierungen in Stresspositionen, Schlafentzug, Drohungen gegen Familienangehörige und verbale Beschimpfungen. Zuletzt haben Berichten zufolge Häftlinge unter lang anhaltendem Hungerstreik ebenfalls Folterungen und andere Misshandlung zur Strafe für ihre Hungerstreiks erlitten, zuweilen unter der Mittäterschaft von Ärzten. Auch Kinder sind bei Verhören Folterungen oder anderen Misshandlungen unterzogen worden. In der Zeit von 2009 bis jetzt aktuell in 2013 hat eine israelische Menschenrechtsorganisation 64 Beschwerden über Misshandlungen erhalten, die zuweilen auf Folter hinausliefen; allein 56 dieser Fälle bezogen sich auf Kinder in der Obhut von Offizieren der Polizeiwache Etzion in den OPT⁴. Nach den Worten des Staatsanwaltes einer Berufungsverhandlung des Obersten Israelischen Gerichtshofs am 24. März 2013 setzte die Israelische Sicherheitsagentur (ISA / *Israeli Security Agency*) zwischen dem 25. und 27. August 2011 "Spezialmethoden" ein, bei denen Menschen wiederholt und über längere Zeit gezwungen wurden, in schmerzhaften Positionen zu sitzen oder zu knien. [Anm. d. Übers.: Die ISA ist der israelische Inlandsgeheimdienst und unter anderem auch in den OPT für die Terrorismusbekämpfung und Spionageabwehr zuständig]. Bei Gericht dürfen Aussagen, die durch Folter und andere Misshandlungen erlangt werden, als zulässig betrachtet werden.

Israels gegenwärtige Gesetzgebung beinhaltet kein absolutes Verbot von Folter. Der Oberste Gerichtshof entschied am 9. September 2009, dass psychologischer Druck, der durch Drohungen gegen Familienangehörige von Häftlingen erzeugt wird, verboten ist. In der Folge änderte der Generalstaatsanwalt die Befragungsrichtlinien entsprechend ab. Eine Entscheidung des Obersten Gerichtshofes aus dem Jahr 1999 erlaubt Befragungsbediensteten, in Situationen, die "tickenden Zeitbomben" gleichkommen, auf "physische Verhörmethoden" zurückzugreifen und anhand der "Einrede der Notwendigkeit" der strafrechtlichen Verantwortung zu entgehen⁵. Diese Rechtfertigung für Folterhandlungen hat zu einer vollständigen Straflosigkeit für ISA-Offiziere geführt. Trotz der Erstattung von mehr als 750 Beschwerden ist nie eine strafrechtliche Untersuchung eröffnet worden⁶. Zuvor hatte es Israel an den unabhängigen Verfahren gefehlt, um mit Beschwerden über Folterungen bei Verhören durch die ISA umzugehen. Im Juni 2013 hat das Justizministerium die neue Stelle eines Inspektors für Beschwerden von verhörten Personen eingerichtet; diese ist institutionell von der ISA getrennt.

DIE INHAFTIERUNG VON MILITÄRDIENSTVERWEIGERERN AUS GEWISSENSGRÜNDEN

Israel hatte sich freiwillig verpflichtet, Militärdienstverweigerern aus Gewissensgründen das Recht zuzugestehen, ihren Dienst bei einer zivilen Stelle abzuleisten⁷, wie ihm dies während der Überprüfung empfohlen worden war⁸. Diese Selbstverpflichtung hat Israel nicht bis zum Ende durchgeführt und es werden weiterhin einzelne Personen für die Verweigerung des Militärdienstes aus Gewissensgründen bestraft. Am 12. Mai 2013 wurde der 20-jährige Natan Blanc zum zehnten Mal zu 28 Tagen Arrest verurteilt, weil er es ablehnte, zur militärischen Grundausbildung eingezogen zu werden. Dies hatte er damit begründet, dass er sich nicht an Menschenrechtsverletzungen an Palästinensern beteiligen will.

DIE DISKRIMIERUNG DER MITGLIEDER VON MINDERHEITEN IN ISRAEL

Israel hatte beschlossen, die Empfehlung anzunehmen, dass der Schutz der Rechte von Minderheiten in vollem Umfang sichergestellt werde.⁹ Amnesty International ist aber besorgt, weil die Unterkunftsrechte der beduinischen Minderheit nicht beachtet werden. Palästinensische Beduinen, die Bürger des Staates Israel sind, haben infolge einer diskriminierenden Politik, welche die Rechtmäßigkeit von rund 35 Dörfern in der Negev/Naqab-Region nicht anerkennt, wiederholte Abrisse ihrer Häuser erlebt. Im September 2011 bewilligte das israelische Kabinett ein Gesetz zur "Regulierung" der Ansiedlung und der Bautätigkeit von Beduinen in der Negev-/Naqab-Region; dieses Gesetz wurde am 6. Mai 2013 durch den gesetzgebenden Ministerialausschuss bestätigt und könnte, falls es umgesetzt wird, zur Zwangsvertreibung von mehr als 30.000 Mitgliedern dieser Minderheit führen¹⁰.

Im Januar 2012 hatte der Oberste Israelische Gerichtshof eine Petition abgewiesen, durch die ein Gesetz hätte annulliert werden sollen, welches das israelische Parlament am 31. Juli 2003 verabschiedet und seitdem jährlich erneuert hat. Durch das Gesetz sind Familienzusammenführungen von Israelis, die mit Palästinensern aus den OPT verheiratet sind, ausgeschlossen¹¹. Das Gesetz über die Staatsbürgerschaft und die Einreise nach Israel ist die formelle Institutionalisierung einer Form der Rassendiskriminierung, die auf ethnischer oder nationaler Herkunft beruht und insbesondere gegen Palästinenser aus den OPT und gegen palästinensische Bürger in Israel, wo sie 20 Prozent der Bevölkerung stellen,¹² gerichtet ist.

DAS NATIONALE GESETZLICHE REGELWERK ZUM THEMA MENSCHENRECHTE

Amnesty International ist darüber besorgt, dass gewisse israelische Politiken, Gesetze und Praktiken zu systematischen Menschenrechtsverletzungen beitragen. Die Haltung der Regierung gegenüber bestimmten Menschenrechtsgremien verschlimmert die Situation beständig.

DIE ANWENDUNG INTERNATIONALER MENSCHENRECHTSNORMEN UND DES INTERNATIONALEN HUMANITÄREN VÖLKERRECHTS IN DEN OPT

Israel bestreitet weiterhin, dass internationale Menschenrechtsnormen und die Vierte Genfer Konvention bezüglich des Schutzes von Zivilpersonen in Zeiten des Krieges auf die OPT anwendbar sind und hat auf Empfehlungen in dieser Hinsicht aus der ersten UPR nicht reagiert¹³. Israel steht in dieser Beziehung nicht nur mit der Internationalen Gemeinschaft in Konflikt, sondern auch mit dem Internationalen Gerichtshof, der daran festhält, dass alle von Israel ratifizierten Konventionen und Verträge der Vereinten Nationen auch in den die OPT einzuhalten sind. Zusätzlich verstößt die Errichtung israelischer Siedlungen gegen die Vierte Genfer Konvention, die Besatzungsmächten verbietet, eigene Zivilbevölkerung in dem von ihnen besetzten Territorium anzusiedeln. Israel hat mehr als 150 Siedlungen in der Westbank errichtet, die allein für Israelis gedacht sind.

DIE BEURTEILUNG DER MAUER DURCH DEN INTERNATIONALEN GERICHTSHOF (ICJ)

Israel lehnt die gutachterliche Stellungnahme des Internationalen Gerichtshofs (ICJ) vom Juni 2004 ab, welche den Verlauf der israelischen Sperranlage (des Zauns/der Mauer) für rechtswidrig befunden hat, soweit diese in die OPT hineinreicht¹⁴. Der Zaun/die Mauer, die nach wie vor weiter gebaut wird, kreiert willkürliche Einschränkungen der Bewegungsfreiheit von Palästinensern und hat zu Verstößen gegen ihre Rechte auf einen adäquaten Lebensstandard und auf Gesundheit geführt. Weitere Rechte sind allerdings ebenfalls betroffen. Bauern, die durch die Sperranlage von ihren Landflächen abgeschnitten sind, haben dadurch insbesondere in Jayyus in der Nähe von Qalqilya die Quelle ihres Lebensunterhalts verloren¹⁵.

DIE ZUSAMMENARBEIT MIT DEM UN-MENSCHENRECHTSRAT (UNHRC)

Nachdem der UNHRC (der Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen) am 22. März 2012 beschloss, eine Faktfindungsmission zur Untersuchung der Auswirkungen israelischer Siedlungen¹⁶ zu entsenden, erklärte Israels Regierung, dass sie ihre Zusammenarbeit mit dem UNHRC widerruft. Zur Faktfindungsmission gab die israelische Regierung an, dass sie diese als unparteilich einschätze und nach eigenem Gutdünken mit ihr kooperieren werde¹⁷. Ein Ergebnis des Rückzugs aus dem UNHRC war, dass Israel an seiner Allgemeinen Periodischen Überprüfung, die für Januar 2013 vorgesehen war, nicht teilnahm – das erste Land, das die Zusammenarbeit mit diesem Verfahren je unterlassen hat.

DIE UNTERSUCHUNG DER VORWÜRFE VON KRIEGSVERBRECHEN UND VON MÖGLICHEN VERBRECHEN GEGEN DIE MENSCHLICHKEIT

Nach der Operation "Gegossenes Blei" vom Dezember 2008 und Januar 2009 weigerte sich Israel mit der von Richter Richard Goldstone geführten Faktfindungsmission zum Gazakonflikt der Vereinten Nationen zu kooperieren. Im September 2009 veröffentlichte die Mission ihren Bericht, in dem Kriegsverbrechen und mögliche Verbrechen gegen die Menschlichkeit festgestellt wurden, was Israel zurückwies. Seither hat Israels Militärgeneralstaatsanwalt in Zusammenhang mit dem Gazakonflikt 2008/9 vier Soldaten wegen krimineller Vergehen bei drei verschiedenen Vorfällen angeklagt. Das Ausmaß und die Schwere der israelischen Verstöße bedürfen indes einer wesentlich gründlicheren Behandlung. Amnesty International zieht hieraus den Schluss, dass die israelischen Behörden versagt haben, Untersuchungen durchzuführen, die glaubhaft, unabhängig und in Einklang mit dem internationalen Recht sind, und dass es Israel nicht gelungen ist, mutmaßliche Kriegsverbrecher strafrechtlich zu verfolgen¹⁸. Dies wiederum hat erneut die Atmosphäre der Straflosigkeit bestärkt, in der – nicht zuletzt bei der Operation "Säule der Verteidigung" im November 2012¹⁹ – fortlaufend weitere Verstöße verübt werden. Und auch die Tötung von rund 100 Zivilisten und die Verletzung vieler weiterer Personen sowie Angriffe auf medizinisches Personal und auf Medieneinrichtungen im November 2012 sind von Israel nicht adäquat untersucht worden.²⁰

DER EXZESSIVE EINSATZ VON GEWALT GEGEN DEMONSTRANTEN UND ANDERE VERLETZUNGEN DER RECHTE AUF FREIE MEINUNGSÄUSSERUNG UND FRIEDLICHE VERSAMMLUNG

Seit dem Jahr 2004 hat die israelische Armee in der Westbank wiederholt exzessive oder unnötige Gewalt gegen palästinensische Demonstranten eingesetzt und dabei Dutzende von Toten und Hunderte Verletzte verursacht. In Dörfern wie Bil'in, Ni'lin und al-Nabi Saleh, wo Proteste gegen den Siedlungsausbau und die Errichtung des Zauns/der Mauer auf palästinensischem Boden stattfinden, sind israelische Truppen regelmäßig für die Verletzung von Protestierenden verantwortlich. Der 31-jährige Demonstrant Rushdi Tamimi, Vater eines Kindes, wurde am 17. November 2012 in al-Nabi Saleh mit scharfer Munition in den unteren Rücken geschossen und starb²¹.

Palästinenser erleben weitreichende und willkürliche Einschränkungen ihrer Rechte der Freiheiten zur Meinungsäußerung und Versammlung. Die Militärverordnung 101 definiert jeglichen friedlichen Protest von Palästinensern, wenn er nicht durch einen israelischen Militärkommandanten genehmigt ist, als ein kriminelles Vergehen.

DAS GESETZ ZUR VERHINDERUNG DER INFILTRATION UND VERLETZUNGEN DES NON-REFOULEMENT-GRUNDSATZES

Am 10. Januar 2012 verabschiedete das israelische Parlament das Gesetz zur Verhinderung der Infiltration, welches die automatische Inhaftierung für drei oder mehr Jahre von allen Personen, auch von Asylsuchenden, anordnet, die ohne Genehmigung nach Israel einreisen. Am 16. September 2013 erklärte der Oberste Gerichtshof die Bestimmungen des Gesetzes, die sich auf derartige Inhaftierungen beziehen, für ungültig. Anhand des Gesetzes waren während seiner Gültigkeit mehr als 1.750 Migranten aus Afrika eingekerkert worden. Diese wurden auch nach der Verkündung des Urteils nicht gleich freigelassen.

Im Jahr 2013 nötigten Bedienstete der israelischen Zuwanderungsbehörde Asylsuchende und Flüchtlinge dazu, Formulare zu unterzeichnen, in denen sie einwilligen, in Herkunftsländer deportiert zu werden, wo potentiellen Gewaltrisiken ausgesetzt wären. Insbesondere sudanesischen und eritreischen Migranten

wurde gesagt, dass die "freiwillige" Abschiebung der einzige Weg sei, um ihre unbefristete Inhaftierung zu vermeiden. Diese Nötigung wurde durch eine Regierungsvereinbarung mit Uganda aus dem August 2013 noch verschärft, wonach eritreische und sudanesishe Staatsbürger, deren Asylfälle noch nicht untersucht worden waren, unter Verstoß gegen das [Non-Refoulement-Prinzip](#) nach Uganda transferiert werden sollten.

DIE TODESSTRAFE

Amnesty International stuft Israel in Bezug auf normale Verbrechen als einen Befürworter der Abschaffung der Todesstrafe ein²². Für Hochverrat in Kriegszeiten, Verbrechen gegen das jüdische Volk, Verbrechen gegen die Menschlichkeit sowie für Kriegsverbrechen und Völkermord wird die Todesstrafe in Israel derzeit noch beibehalten²³.

DIE MENSCHENRECHTSLAGE VOR ORT

Zusätzlich zu den in den beiden vorangegangenen Abschnitten aufgelisteten Problemen sieht Amnesty International sich gezwungen, erneut auf Bedenken hinzuweisen, die in den Papieren zur vorherigen UPR im Jahr 2008 erhoben und nicht angegangen wurden. Dazu zählen die im Folgenden ausgeführten Muster von Menschenrechtsverletzungen.

INHAFTIERUNGEN OHNE RICHTSVERFAHREN UND HAFTBEDINGUNGEN

Die Inhaftierung ohne Anklage oder Gerichtsverfahren, die durch Israel in Form von Administrativhaft und anhand des Gesetzes über die Inhaftierung Illegaler Kämpfer praktiziert wird, verstößt gegen das Recht von Palästinensern auf faire gerichtliche Verfahren, wie es im Internationalen Pakt über Bürgerliche und Politische Rechte, dem Israel als Vertragspartei angehört, dargelegt ist. Administrativhäftlinge – sowie andere von Israel festgehaltene Gefangene – werden routinemäßig der Folter und anderen Misshandlungen unterzogen, leiden unter schlechten Haftbedingungen mit unzureichender medizinischer Versorgung, sind in Gefängnissen in Israel untergebracht anstatt in den OPT, und Familienbesuche sind mit Verboten behaftet. Im Juli 2013 waren weit über 4.000 Palästinenser in israelischen Gefängnissen inhaftiert oder leisteten dort Strafen ab. Über 130 Personen waren anhand von Verwaltungshaftanordnungen inhaftiert.

Administrativhäftlinge verbringen Monate und manchmal Jahre im Gefängnis, ohne überhaupt die Details der Anschuldigungen zu kennen. Dadurch ist es ihnen unmöglich, sich selbst hinreichend zu verteidigen, und sie wissen nicht, wann sie freigelassen werden, weil die Haftanordnungen erneuert werden können. Solche Inhaftierungen können auf eine grausame oder erniedrigende Behandlung oder Bestrafung hinauslaufen. So verbrachte Saleh al-'Aroui im Verlauf von zwei Jahrzehnten mehr als neun Jahre in Verwaltungshaft, bevor er im März 2010 ins Exil entlassen wurde ²⁴.

ZWANGSVERTREIBUNGEN

Israel führt in Ostjerusalem und in den als "Zone C" bekannten über 60 Prozent der Westbank, wo Israel die Raumordnung, die Bebauungsplanung und die Sicherheit kontrolliert, Zwangsräumungen gegen Palästinenser durch. Diese Gemeinden leiden unter einer Politik, die Palästinenser diskriminiert und israelischen Siedlern den Vorzug gibt. Östlich von Jerusalem, in Khan al-Ahmar und Wadi Abu Hindi, ist für zwei Grundschulen, die rund 200 Kinder besuchen, der Abriss geplant. Sollte dies ausgeführt werden, hätten einige der Kinder keinen Zugang zu Bildung mehr ²⁵. In al-'Aqaba, Khirbet Tana, Humsa und Hadidiya sowie in den südlichen Hügeln von Hebron sind ganze Dörfer vom Abriss bedroht ²⁶. Siedler aus den nahen Siedlungen attackieren die marginalisierten Gemeinden in nahezu vollständiger Straflosigkeit.

WILLKÜRLICHE EINSCHRÄNKUNGEN DES RECHTS AUF FREIE BEWEGUNG

Über 500 Kontrollpunkte und Straßensperren in der Westbank grenzen den Verkehr und den Zugang zwischen palästinensischen Städten und Dörfern ein und riegeln insbesondere den palästinensischen Zugang zu Ostjerusalem, Teilen von Hebron und zum Jordantal ab. Wo Palästinenser eine von Israel ausgestellte Erlaubnis benötigen, können sich Israelis, die Siedler eingeschlossen, im gesamten Gebiet völlig frei bewegen. Diese willkürlichen und diskriminierenden Einschränkungen setzen die Palästinenser Schikanen und anderen Schmähungen durch Soldaten an Kontrollpunkten aus und behindern den Zugang palästinensischer Einwohner zu gesundheitlicher Versorgung und zu Wasser.

Im Gazastreifen hat die von Israel verhängte Blockade, die auf eine kollektive Bestrafung der gesamten dortigen Bevölkerung hinausläuft, beinahe zum Kollaps der grundlegenden Infrastruktur geführt, auch was die medizinischen Einrichtungen und die Abwasserentsorgung betrifft. Israel blockiert Exporte aus dem Gazastreifen und verhängt massive Einschränkungen gegen den Import, was die Lähmung der Wirtschaft zur Folge hat. Israel kontrolliert das Melderegister der Bevölkerung des Gazastreifens und verbietet bis

auf Ausnahmefälle jeden Personenverkehr auch für Reisen in die Westbank. Für Patienten im Gazastreifen, die zur Behandlung nach Israel und in die Westbank überwiesen werden, verzögert man zuweilen die Einreise oder verweigert sie ganz, und an den Grenzübergängen zwischen dem Gazastreifen und Israel sind sie dem Risiko einer Inhaftierung ausgesetzt.²⁷

HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN AN ISRAEL

Amnesty International ruft die israelische Regierung zu folgenden Schritten auf:

Verstöße gegen die Antifolter-Konvention (CAT)

- Stellen Sie sicher, dass allen Vorwürfen von Folter oder Misshandlungen ohne Verzug, gründlich und unparteilich durch eine unabhängige Stelle nachgegangen wird; bringen Sie jeden vor Gericht, der für derartige Handlungen verantwortlich befunden wird und sorgen Sie für Wiedergutmachung für die Opfer, so wie Israel es in der vorherigen UPR vereinbart hatte!
- Erlassen Sie ein absolutes Folterverbot, indem Sie die "Einrede der Notwendigkeit" für sogenannte "Zeitbomben" ähnliche Situationen aufheben!
- Erklären Sie Beweise, die unter Zwang erlangt wurden, als unzulässig vor Gericht!

Die Inhaftierung von Militärdienstverweigerern aus Gewissensgründen

- Setzen Sie unverzüglich und bedingungslos alle Personen auf freien Fuß, die für ihre Militärdienstverweigerung aus Gewissensgründen ihrer Freiheit beraubt sind!
- Wenn Militärdienstverweigerer aus Gewissensgründen nicht vollständig vom Militärdienst befreit werden, dann führen Sie einen alternativen, absolut zivilen Dienst ein, der nicht als Strafe fungiert!

Der Schutz der Rechte von Minderheiten in Israel, im Prinzip während der vorherigen UPR von Israel angenommen

- Beenden Sie alle Formen der Diskriminierung von Minderheiten!
- Erkennen Sie die ausgeschlossenen Beduinendörfer in der Negev-/Naqab-Region rechtlich an und stoppen Sie sämtliche Abrisse und Zwangsräumungen in einem solchen Umfang, dass die zugrunde liegenden Gesetze mit dem internationalen Diskriminierungsverbot übereinstimmen!
- Heben Sie das Gesetz auf, welches die Familienzusammenführung israelischer Bürger mit Ehepartnern aus den besetzten palästinensischen Gebieten (OPT) verbietet!

Die internationalen Menschenrechtsnormen und das humanitäre Völkerrecht in den OPT

- Akzeptieren Sie die Gültigkeit von Menschenrechtsverträgen und der Vierten Genfer Konvention in den besetzten palästinensischen Gebieten (OPT)!

Die Beurteilung der Mauer durch den Internationalen Gerichtshof (ICJ)

- Bauen Sie den Zaun/die Mauer ab, wo die Route dieser Sperranlagen in die OPT, die besetzten palästinensischen Gebiete, eindringt und entschädigen Sie Palästinenser für Verluste, die diese durch den Bau des Zauns/der Mauer erlitten haben!

Untersuchungen der Vorwürfe von Kriegsverbrechen und von möglichen Verbrechen gegen die Menschlichkeit

- Gehen Sie allen Vorwürfen von Kriegsverbrechen und möglichen Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die während der Operation "Gegossenes Blei" wurden, in gründlichen und unparteilichen Untersuchungen nach und stellen Sie jeden, der für entsprechende Verbrechen verantwortlich befunden wird, vor Gericht.!

- Arbeiten Sie mit internationalen Mechanismen zur Klärung von Verantwortlichkeiten zusammen, indem Sie UN-Missionen freien Zugang ermöglichen!

Der exzessive Einsatz von Gewalt gegen Demonstranten und Verletzungen der Rechte auf freie Meinungsäußerung und friedliche Versammlung

- Schützen Sie die Rechte auf freie Meinungsäußerung und Versammlung in den besetzten palästinensischen Gebieten, indem Sie alle Militärverordnungen, die diese Rechte unrechtmäßig beschränken, außer Kraft setzen!
- Führen Sie unverzügliche und unabhängige Untersuchungen der Tötungen und schwerwiegenden Verletzungen von Demonstranten in der Westbank durch und leiten Sie eine strafrechtliche Verfolgung aller Personen ein, gegen die der hinreichend begründete Verdacht willkürlicher oder missbräuchlicher Gewaltanwendungen besteht!

Das Gesetz zur Verhinderung der Infiltration und Verletzungen des Non-Refoulement-Grundsatzes

- Lassen Sie sofort all jene frei, die anhand des Gesetzes zur Verhinderung der Infiltration festgehalten werden!
- Stellen Sie sicher, dass die Behandlung von Flüchtlingen und Asylsuchenden mit der Flüchtlingskonvention von 1951 und anderen internationalen Standards übereinstimmt, insbesondere indem faire, wirksame und transparente Verfahren zur Feststellung des Flüchtlingsstatus eingerichtet werden!

Die Todesstrafe

- Schaffen Sie die Todesstrafe für alle Vergehen ab!

Inhaftierungen ohne Gerichtsverfahren und Haftbedingungen

- Setzen Sie alle Administrativhäftlinge auf freien Fuß, es sei denn, diese werden unverzüglich wegen erkennbarer krimineller Vergehen angeklagt und im Einklang mit internationalen Standards für faire Prozesse vor Gericht gestellt!
- Beenden Sie die Praxis der Administrativhaft!
- Beenden Sie die Praxis des zwangsweisen Exils oder Transfers von Palästinensern nach außerhalb der OPT oder von der Westbank in den Gazastreifen!
- Stellen Sie sicher, dass alle Palästinenser aus den OPT, die sich in israelischem Gewahrsam befinden, in Gefängnissen und Haftzentren innerhalb der OPT und unter Bedingungen untergebracht sind, die den internationalen Standards in vollem Umfang entsprechen, auch mit Blick auf den Zugang zu Familienangehörigen, Rechtsanwälten und – wenn nötig – unabhängigen Ärzten!

Zwangsvertreibungen

- Beenden Sie die Hausabrisse und Zwangsräumungen in den OPT!
- Stellen Sie sicher, dass Opfer von Zwangsräumungen Zugang zu wirksamen Rechtsmitteln und vollständigen Entschädigungen haben!
- Übertragen Sie die Verantwortung für die Raum- und Bebauungsplanung auf die palästinensischen Gemeinden!
- Entfernen Sie die israelischen Siedlungen aus den OPT!
- Sorgen Sie dafür, dass israelische Siedler die Gewaltakte gegen Palästinenser verüben, strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden!

Willkürliche Einschränkungen des Rechts auf freie Bewegung

- Heben Sie die Blockade des Gazastreifens vollständig auf!
- Heben Sie alle willkürlichen Einschränkungen der Bewegungsfreiheit auf, die die Rechte auf Gesundheit, Bildung und einen angemessenen Lebensstandard verletzen!

ENDNOTEN

- 1 Bericht der Arbeitsgruppe zur Allgemeinen Periodischen Überprüfung des Staates Israel (im Folgenden als "UPR-Bericht Israel" bezeichnet), 8. Januar 2009, A/HRC/10/76, siehe <http://unispal.un.org/UNISPAL.NSF/0/3E28BAD630FC4E0C8525755200548663> (englisch)
- 2 Menschenrechtsrat, 10. Sitzung, Bericht, Abs. 461 (f), der gesamte Bericht ist auf Englisch als PDF herunterladbar unter <http://daccess-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/G09/174/51/PDF/G0917451.pdf?OpenElement>
- 3 UPR-Bericht Israel, Abs. 100.13 (Kanada, Frankreich, Syrien, Jemen), siehe <http://unispal.un.org/UNISPAL.NSF/0/3E28BAD630FC4E0C8525755200548663> (englisch)
- 4 B'Tselem, *Abuse and torture in interrogations of dozens of Palestinian minors in the Israel Police Etzion Facility (Missbrauch und Folter bei Verhören Dutzender palästinensischer Kinder in den Einrichtungen der israelischen Polizei in Etzion)*, 22. August 2013, siehe http://www.btselem.org/torture/201308_etzion (englisch)
- 5 HCJ 5100/94, Public Committee against Torture in Israel (Öffentlicher Ausschuss gegen Folter in Israel) ./. Staat Israel, 6. September 1999, verfügbar unter <http://hamoked.org/Document.aspx?dID=260> (englisch)
- 6 Amnesty International, Schreiben an den Antifolterausschuss der Vereinten Nationen bezüglich der Verabschiedung eines Fragenkatalogs durch den Ausschuss, Index: MDE 15/029/2012, 7. März 2012, verfügbar unter <http://amnesty.org.14feb-youth.com/en/library/info/MDE15/029/2012/en> (englisch)
- 7 Menschenrechtsrat, 10. Sitzung, Bericht, Abs. 461 (h), der gesamte Bericht ist auf Englisch als PDF herunterladbar unter <http://daccess-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/G09/174/51/PDF/G0917451.pdf?OpenElement>
- 8 UPR-Bericht Israel, Abs. 100.22 (Slowenien), siehe <http://unispal.un.org/UNISPAL.NSF/0/3E28BAD630FC4E0C8525755200548663> (englisch)
- 9 UPR-Bericht Israel, Abs. 100.28 (Großbritannien), <http://unispal.un.org/UNISPAL.NSF/0/3E28BAD630FC4E0C8525755200548663> (englisch) und Menschenrechtsrat, Bericht der 10. Sitzung, Abs. 460,
- 10 Amnesty International, *Israel: Knesset urged not to pass law that would forcibly evict tens of thousands of Negev/Naqab Bedouin (Israel: Knesset dringend gefordert Gesetz nicht zu verabschieden, das zur Zwangsvertreibung Zehntausender Beduinen der Negev/Naqab-Region führen würde)*, verfügbar unter <http://www.amnesty.org/en/library/info/MDE15/008/2013/en> (englisch), Index MDE 15/008/2013, 20. April 2013, siehe hierzu [Neue Regierung muss Pläne zur Zwangsumsiedlung von Beduinen streichen](#)
- 11 Gesetz über die Staatsbürgerschaft und die Einreise nach Israel (Vorläufige Verordnung) 5763 – 2003
- 12 Amnesty International, *Torn Apart: Families split by discriminatory policies (Auseinander gerissen: Familien durch diskriminierende Politik getrennt)*, Index: MDE 15/063/2004, 12. Juli 2004, auf Englisch verfügbar unter <http://www.amnesty.org/en/library/info/MDE15/063/2004/en>
- 13 UPR-Bericht Israel, Abs. 100.32 (Schweiz, Kanada, Chile), siehe <http://unispal.un.org/UNISPAL.NSF/0/3E28BAD630FC4E0C8525755200548663> (englisch)
- 14 Internationaler Gerichtshof (ICJ), Die rechtlichen Konsequenzen der Errichtung einer Mauer in dem besetzten palästinensischen Gebiet, offizielle Stellungnahme, 9. Juli 2004, siehe unter http://www.palaestina.org/fileadmin/Daten/Dokumente/Abkommen/UN-Resolutionen/resolution_es-10-15_02.08.2004.pdf (deutsch) und (englisch) <http://www.un.int/wcm/webdav/site/palestine/shared/documents/advisoryopinion.pdf>
- 15 Amnesty International, Schreiben an den Antifolterausschuss der Vereinten Nationen bezüglich der Verabschiedung eines Fragenkatalogs durch den Ausschuss, Index: MDE 15/029/2012, 7. März 2012, siehe <http://amnesty.org.14feb-youth.com/en/library/info/MDE15/029/2012/en> (englisch)
- 16 Resolution A/HRC/19/17, <http://unispal.un.org/UNISPAL.NSF/0/04FF85F46E9EFD8B85257A00004C5AD2> (englisch)
- 17 Danny Ayalon, *Theatre of the Absurd (Absurdes Theater)*, Außenpolitik, 30. März 2012, siehe http://www.foreignpolicy.com/articles/2012/03/30/theater_of_the_absurd (englisch)
- 18 Die de facto Administration der Hamas hat sich in absolute keiner Weise in der Lage gezeigt, die Verantwortlichen für Verbrechen nach internationalem Völkerrecht, die während des Gazakonfliktes 2008/9 verübt wurden, strafrechtlich zur Rechenschaft zu ziehen. Amnesty International, *Amnesty International's updated assessment of Israeli and Palestinian*

investigations into the Gaza conflict (Amnesty Internationals aktualisierte Beurteilung der israelischen und palästinensischen Untersuchungen zum Gaza-Konflikt), Index: MDE 15/018/2011, 18. März 2011

- 19 Amnesty International, *Gaza's lost children*, 22. Juni 2012, auf Deutsch unter [Gazas verlorene Kinder](#)
- 20 Amnesty International, *Israel's military investigations into Gaza conflict violations strengthen impunity*, 17. April 2013, siehe (auf Englisch) unter <http://www.amnesty.org/en/news/israel-s-military-investigations-gaza-conflict-violations-strengthen-impunity-2013-04-17>, auf Deutsch siehe [Israels Militäruntersuchungen von Vergehen im Gaza-Konflikt bestärken die Straflosigkeit](#)
- 21 Amnesty International, *Activist jailed for peacefully demonstrating: Bassem Tamimi* (Aktivist für friedliches Demonstrieren inhaftiert: Bassem Tamimi), Index: MDE 15/062/2012, 28. November 2012, auf Englisch verfügbar unter <http://www.amnesty.org/en/library/info/MDE15/062/2012/en>
- 22 Wie von Israel in seiner Stellungnahme auf der vorangegangenen UPR angemerkt, war der Nazi-Kriegsverbrecher Adolf Eichmann der Einzige, der je in der Geschichte Israels zu Tode gebracht wurde, Bericht der 10. Sitzung des Menschenrechtsrats, Abs. 464
- 23 Amnesty International, *Eichmann Supreme Court Judgment, 50 years on: Its Significance Today* (Das Eichmann-Urteil des Obersten Gerichtshofs, 50 Jahre danach: Seine heutige Bedeutung), Index: IOR 53/013/2012, 6. Juni 2012, auf Englisch verfügbar unter <http://www.amnesty.org/en/library/info/IOR53/013/2012/en>
- 24 Amnesty International, *Starved of Justice: Palestinians detained without trial by Israel* (Hunger nach Gerechtigkeit: Palästinenser ohne Gerichtsverfahren von Israel inhaftiert), Index MDE 15/026/2012, 6. Juni 2012, verfügbar auf Englisch unter <http://www.amnesty.org/en/library/info/MDE15/026/2012/en>
- 25 Amnesty International, *Stop the transfer: Israel about to expel Bedouin to expand settlements*, Index: MDE 15/001/2012, 8. Februar 2012, siehe <http://www.amnesty.org/en/library/info/MDE15/001/2012/en> (englisch), auf Deutsch erhältlich unter [Stoppt den Transfer: Israel will für Siedlungsausbau Beduinen vertreiben](#)
- 26 Amnesty International, *As safe as Houses? Israel's demolition of Palestinian homes*, Index: MDE 15/006/2010, 16. Juni 2010, auf Englisch verfügbar unter <http://www.amnesty.org/en/library/info/MDE15/006/2010/en> und auf Deutsch siehe [So sicher wie ein Haus? Israels Abrisse von palästinensischen Wohnhäusern](#) und Amnesty International, [Troubled waters - Palestinians denied fair access to water](#) (englisch – zum Downloadlink bitte auf Seite nach unten scrollen), Index: MDE 15/027/2009), 27. Oktober 2009, auf Deutsch siehe [Wassernöte – Palästinensern den fairen Zugang zu Wasser verweigert](#)
- 27 Amnesty International, *Suffocating: The Gaza Strip under Israeli Blockade* (Dem Ersticken nahe: Der Gazastreifen unter israelischer Blockade), Index: MDE 15/002/2010, 18. Januar 2010, <http://www.amnesty.org/en/library/info/MDE15/002/2010> (englisch), siehe hierzu auch auf Deutsch [Israels Blockade des Gazastreifens erstickt weiterhin das tägliche Leben vor Ort](#)

ANHANG

Amnesty Internationals Dokumente zu Israel für weitergehende Informationen

All diese Dokumente sind (auf Englisch) auf der Webseite des Internationalen Sekretariats von Amnesty International abrufbar unter <http://www.amnesty.org/en/region/israel-occupied-palestinian-territories>.

Für Dokumente in deutscher Sprache siehe die Webseite der Kogruppe Israel/OT/PA unter <http://www.amnesty-koeln-gruppe2415.de/>

- [Last Call for Israel's Universal Periodic Review: the international community urges Israel to participate on 29. October 2013](#), für die deutsche Version siehe [Letzter Aufruf zu Israels Allgemeiner Periodischer Überprüfung \(UPR\): die Internationale Gemeinschaft drängt Israel zur Teilnahme am 29. Oktober 2013](#)
- [Forced evictions of Palestinians to go ahead](#), Index: MDE 15/013/2013, eine entsprechende Online-Petition auf Deutsch findet sich unter [UA 170-2013-1 - Drohende Zwangsräumung](#)
- [Accountability needed for killings in Israeli raid on West Bank refugee camp](#), NEWS vom 27. August 2013, auf Deutsch siehe [Verantwortlichkeiten für Tötungen bei israelischer Razzia in Flüchtlingslager in der Westbank müssen geklärt werden](#)
- [Protect citizens' rights to protest peacefully against forced evictions](#), Pressemitteilung vom 31. Juli 2013, auf Deutsch siehe [Rechte der Bürger auf friedlichen Protest gegen Zwangsvertreibungen müssen geschützt werden](#)
- [Demolitions of Bedouin homes in the Negev desert must end immediately](#), NEWS vom 18. Juli 2013, auf Deutsch siehe unter [Die Abrisse der Wohnhäuser von Beduinen in der Negev-Wüste müssen sofort aufhören](#)
- [Israeli army destroys homes for sixth time](#), Index: MDE 15/012/2013, auf Deutsch siehe hierzu [UA 194/2011-2 Sechster Abriss seit 2000](#)
- [Stop judicial 'bullying' of Palestinian activists](#), NEWS vom 4. Juli 2013, auf Deutsch siehe [Stoppt juristisches 'Mobbing' palästinensischer Aktivisten](#)
- [Deportations of asylum-seekers must stop](#), öffentliche Stellungnahme vom 7. Juni 2013, Index: MDE 15/005/2013, siehe hierzu auf Deutsch [Israel: Deportation Asylsuchender muss aufhören](#) und [Israel muss völkerrechtswidrige Abschiebungen von Flüchtlingen aussetzen](#)
- [Israel must remove new settler outpost in the West Bank](#), NEWS vom 2. Mai 2013, siehe auf Deutsch unter [Israel muss neuen Siedler-Außenposten in der Westbank entfernen](#)
- [Palestinian academic given detention extension must be released](#), Pressemitteilung vom 25. April 2013, auf Deutsch siehe hierzu [Israel muss gewaltfreien palästinensischen politischen Gefangenen freilassen und willkürliche Inhaftierungen von Hunderten weiteren Palästinensern beenden](#)
- [Knesset urged not to pass law that would forcibly evict tens of thousands of Negev/Naqab Bedouin](#), Pressemitteilung vom 20. April 2013; Index: MDE 15/008/2013, auf Deutsch siehe hierzu [Neue Regierung muss Pläne zur Zwangsumsiedlung von Beduinen streichen](#)
- [Israel's military investigations into Gaza conflict violations strengthen impunity](#), NEWS vom 17. April 2013, auf Deutsch siehe [Israels Militäruntersuchungen von Vergehen im Gaza-Konflikt bestärken Straflosigkeit](#)
- [Stop use of excessive force against Palestinian civilians in the West Bank](#), NEWS vom 4. April 2013, auf Deutsch siehe [Einsatz exzessiver Gewalt gegen palästinensische Zivilisten in der Westbank muss gestoppt werden](#)
- [Conscript facing jail again for refusing to go against his conscience](#), NEWS vom 25. März 2013, siehe hierzu auch die [Online-Petition für die Freilassung von Natan Blanc \(deutsche Version\)](#)
- [West Bank wall and settlements an affront to Palestinian rights](#), NEWS vom 21. März 2013, siehe hierzu auf Deutsch [Israelische Siedlungen symbolisieren den akuten Mangel an Gerechtigkeit, den das palästinensische Volk erfährt](#)

- [Amnesty International's written statement to the 22nd session of the UN Human Rights Council: The Need for Accountability for Gaza/Israel conflicts](#), Index: MDE 02/001/2013, auf Deutsch unter [Amnesty Internationals schriftliche Stellungnahme zur 22. Sitzung des Menschenrechtsrates der Vereinten Nationen](#)
- [Hunger striker gravely ill, life at risk](#), Dokument von 12. Februar 2013, Index: MDE 15/003/2013, siehe hierzu auf Deutsch [UA 036-2013 Hungerstreikender in Lebensgefahr](#)
- [Israel/Gaza conflict: UN must impose arms embargo, send international monitors immediately](#), Pressemitteilung vom 19. November 2012, auf Deutsch unter [UN MUSS WAFFENEMBARGO VERHÄNGEN UND INTERNATIONALE BEOBACHTER ENTSENDEN](#)
- [Palestinian activist jailed for West Bank protest must be freed](#), NEWS vom 7. November 2012, siehe zu diesem Thema auch (auf Deutsch) [Israel muss Attacken auf palästinensische NGOs und Menschenrechtsverteidiger stoppen](#)
- [Detainee ends hunger strike pending release](#), Index: MDE 15/060/2012, 30. Oktober 2012, auf Deutsch siehe [UA 119-2012-11 Hungerstreik beendet](#)
- [Rachel Corrie verdict highlights impunity for Israeli military](#), Pressemitteilung vom 29. August 2012, auf Deutsch siehe [Urteil im Fall Rachel Corrie unterstreicht Straflosigkeit für israelische Militärbedienstete](#)
- [Government urged to allow all from Syria seeking refuge to enter Golan Heights](#), Pressemitteilung vom 20. Juli 2012, Index: MDE 15/043/2012, auf Deutsch siehe [Regierung dringend gefordert, allen aus Syrien Schutz Suchenden Einreise in die Golan-Höhen zu erlauben](#)
- [International pressure mounts over Gaza blockade](#), Index: MDE 15/033/2012, Dokument vom 14. Juni 2012, siehe zu diesem Thema auf Deutsch (hier auf der Seite von medico international) [Internationaler Aufruf für Ende der Gaza-Blockade](#)
- [Starved of Justice: Palestinians detained without trial by Israel](#) (*Hunger nach Gerechtigkeit: Palästinenser ohne gerichtliches Verfahren von Israel inhaftiert*), Bericht vom 6. Juni 2012, Index: MDE 15/026/2012, siehe zu diesem Thema auch den Rundbrief der Kogruppe Israel/OT/PA aus dem Jahr 2008 unter [Palästinensische Gefangene in israelischer Haft](#) sowie die diversen Fälle seit Juni 2012 unter <http://www.amnesty-koeln-gruppe2415.de/Main/Informieren-UrgentActions>
- [Israeli government should reverse decision to deport South Sudanese](#) (*Israelische Regierung sollte Entscheidung umkehren, Südsudanesen zu deportieren*), öffentliche Stellungnahme vom 10. April 2012, Index: MDE 15/020/2012, nur auf Englisch verfügbar
- [Amnesty International's response to the ICC Office of the Prosecutor's statement that it cannot investigate crimes committed during the Gaza conflict](#), Dokument vom 4. April 2012, Index MDE 15/018/2012, auf Deutsch siehe [Fragen und Antworten: Amnesty Internationals Reaktion auf die Aussage des Büros der Strafverfolgungsbehörde des Internationalen Strafgerichtshofes \(ICC\), dass dieser den während des Gazakonfliktes 2008/9 begangenen Verstößen nicht nachgehen könne](#)
- [Letter to UN Committee against Torture regarding adoption of list of issues by the Committee](#) (*Schreiben an den Antifolterausschuss der Vereinten Nationen bezüglich der Verabschiedung eines Fragenkatalogs durch den Ausschuss*), offener Brief vom 7. März 2012, Index: MDE 15/029/2012, nur auf Englisch verfügbar
- [Stop the transfer: Israel about to expel Bedouin to expand settlements](#), Index: MDE 15/001/2012, Kurzbericht vom 8. Februar 2012, auf Deutsch unter [Stoppt den Transfer: Israel dabei Beduinen für Siedlungsausbau zu vertreiben](#)
- [New detention law violates rights of asylum-seekers](#) (*Neues Haftgesetz verletzt Rechte von Asylsuchenden*), NEWS vom 10. Januar 2011, siehe zu diesem Thema auch auf Deutsch die Pressemitteilung vom 18. Januar 2011: [Knesset muss Gesetzesentwurf zurückziehen, der Asylsuchenden verlängerte Haftzeiten auferlegt](#)
- [Suffocating: The Gaza Strip under Israeli Blockade](#), Bericht vom 18. Januar 2010, Index MDE: 15/002/2010, siehe hierzu auch auf Deutsch [Israels Blockade des Gazastreifens erstickt weiterhin das tägliche Leben vor Ort](#)